**Gabriele Zimmer,** *im Namen der GUE/NGL-Fraktion***.** – Herr Präsident! Ich gebe meiner Kollegin recht. Es geht nicht nur darum, dass Griechenland, Italien und die westlichen Balkanländer für die entstandene Situation verantwortlich sind, sondern wir selbst stehen insgesamt als Europäische Union – einschließlich der Mitgliedsstaaten einschließlich der Kommission, einschließlich uns, die wir politische Verantwortung hier im Europäischen Parlament haben – in der Pflicht, zu verhindern, dass sich Ereignisse wie im vergangenen Jahr wiederholen.

Das, denke ich, sollte uns alle miteinander verbinden und sollte nicht dazu führen, dass wir irgendwie die Schuld auf irgendjemanden schieben, sondern dass wir ganz klar sagen, was jetzt zu tun ist. Da muss als Erstes gesagt werden: Wir haben ein Problem damit, dass es bei der Umsetzung dessen, was als Deals, als Abkommen zwischen der EU und anderen Ländern geschlossen worden ist, hapert, dass wir inzwischen eine Situation haben, dass zum Beispiel die griechischen Inseln durchaus auch seitens der EU – sicher nicht mit blanker Absicht, aber dennoch wird es zugelassen – so behandelt werden wie beispielsweise Australien, Papua-Neuguinea, als Insel betrachtet, um dort letztendlich das Flüchtlingsproblem abzuladen.

Das können wir nicht mehr weiter zulassen. Es ist viel über die Kommission finanziert worden. Wir wissen aber auch, dass beispielsweise ein Großteil der Gelder gar nicht direkt an den griechischen Staat gehen kann, sondern an Flüchtlingsinitiativen oder an das UNHCR. Wir wissen auch, dass ein Teil dessen, wozu man sich verpflichtet hat, letztendlich gar nicht umgesetzt werden konnte. Auf den griechischen Inseln sollten 2 000 Wohnungen geschaffen werden. Die sind nicht geschaffen worden, es sind nur 1 100!

Bei den Verpflichtungen, die auf dem Festland eingegangen worden sind, hapert es ebenfalls. 28 000 Plätze in Wohnungen sollten vom UNHCR geschaffen werden. Es fehlen noch 9 000. Dafür sind die Gelder schon vorhanden, sie sind bereitgestellt worden! Die griechische Regierung war verpflichtet, permanente Einrichtungen mit 12 000 Plätzen zu schaffen. Sie hat das Ziel so gut wie erreicht: da fehlen, glaube ich, noch 200 Plätze. Wir sollten wirklich daran gehen, dass wir sagen: Wir brauchen konkrete praktische Lösungen. Es gibt einen Vorschlag, beispielsweise Hotelzimmer anzumieten. Jetzt sagen aber die Regeln – sowohl seitens des UNHCR, aber auch für die Kommission: Das geht nicht. Wir können keine Hotelzimmer finanzieren. Doch! Wir müssen eine Lösung finden! Denn die Wohnungen werden nicht so schnell kommen. Mir kann keiner erzählen, dass man beispielsweise einen Hotspot wie in Moria, der permanent überbelegt ist – statt 2 500 sind 5 000 bis 6 000 Flüchtlinge dort – winterfest machen kann. Das geht nicht!

Wenn ich auf den Inseln aber auch die Wohnungen nicht schaffen kann, dann muss ich wirklich gucken, wie ich nutze, dass es dort ein Potenzial an freien Zimmern gibt, die angemietet werden können, und dann muss ich die Regeln verändern! Dazu muss es doch einen Weg geben, das ist doch eine praktische Lösung! Also: Neben dem, was schon gemacht worden ist, muss mehr gemacht werden.

Zweitens möchte ich darauf hinweisen: Das Problem verstärkt sich ja auch gerade dadurch, dass die vielen Mitgliedstaaten ihre Regeln nicht einhalten. Ich habe gestern im deutschen Fernsehen einen kurzen Bericht gesehen. Gezeigt wurden da mehrere Flüchtlinge im Hungerstreik wegen der Bedingungen im Lager. Inzwischen habe ich festgestellt: Die waren im Hungerstreik – Gott sei Dank haben sie ihn jetzt beendet –, weil sie nach Deutschland sollen und von Deutschland nicht aufgenommen werden. Das deutsche Fernsehen sagt das aber nicht. Es erweckt den Eindruck: Das sind wieder die Griechen, die sind zu allem zu blöd, die kriegen es nicht hin. Aber wir als Bundesrepublik Deutschland erfüllen unsere Pflichten nicht. Und so betrifft das auch viele andere Länder. Das ist der Punkt, da bitte ich auch den Rat anzusetzen und zu sagen: Lassen Sie uns nicht über allgemeine Dinge reden, sondern lassen Sie uns konkret werden. Es geht um Menschenleben. Hier stehen wir alle gemeinsam in der Verantwortung.